

regio links. be

Nr.4/November 2009

SP
Stadt Bern – Region Bern

KÖNIZER WAHLEN VOM 29. NOVEMBER 2009

SP in einer breiten Allianz

Mit den nächsten Wahlen wird in Köniz manches anders. Aus diesem Grund hat auch die SP ihre Strategie für die Wahlen geändert.

Mit den Wahlen am 29. November 2009 betritt Köniz Neuland: es wird kein sieben-, sondern nur noch ein fünfköpfiger Gemeinderat gewählt, dessen Mitglieder mit je einem Pensum von 80 Prozent arbeiten. Zudem kandidieren bei den Wahlen erstmals zwei neue Parteien: die BDP und die Grünliberalen. All diese Neuerungen machen die Wahlen für die SP spannend und zu einer Herausforderung.

BEWÄHRTE UND NEUE KÖPFE

Mit den Bisherigen Luc Mentha (Gemeindepräsident) und Katrin Sedlmayer (Vorsteherin Direktion Planung und Verkehr) schickt die SP Köniz zwei Personen ins Rennen, die mit den Anforderungen an ein Vollamt bereits vertraut sind und einen tollen Leistungsausweis haben. Dieses Spitzenduo wird unterstützt von Annemarie Berlinger-Staub, bisherige Parlamentarierin, Juristin und Co-Präsidentin der SP Köniz, von Martin Graber, dem letztjährigen Parlamentspräsidenten und Lehrer, und von der Neueinsteigerin Vanda Descombes-Della Schiava (Arbeits- und Organisationspsychologin).

Für das 40-köpfige Parlament tritt die SP Köniz mit 20 (vorkumulierten) Kandidierenden an. Darunter befinden sich acht der insgesamt elf Bisherigen. Ergänzt wird die Liste durch Kandidierende aus allen Ortsteilen, mit verschiedenen beruflichen Hintergründen und aus verschiedenen Altersgruppen. Das Verhältnis Frauen zu Männern ist mit 9 zu 11 beinahe ausgeglichen und wird durch das Verhältnis bei den Gemeinderats-Kandidierenden von 3 Frauen zu 2 Männern egalisiert. In 4 Jahren wird die SP Köniz aber insbesondere bei den jungen Kandidierenden zulegen müssen!

NEUGEGRÜNDETE PLATTFORM

Auf diese Wahlen hin ist der SP ein tolles Verhandlungsergebnis gelungen: Zusammen mit den Könizer Ortsparteien von EVP, Grünen und Grünliberalen ist die «Plattform nachhaltige Gemeindepolitik» (PNG) gegründet worden. Diese dient dazu, gemeinsame Inhalte und Ziele für die nächste Legislatur zu formulieren und erfolgreich umzusetzen. Die Plattform bildet zudem die Basis, um mit einer breiten Listenver-

bindung zu den Wahlen antreten zu können. Eine Listenverbindung, welche Köniz in dieser Breite noch nie gesehen hat! Sie ist dergestalt gebaut, dass sie den einzelnen Parteien erlaubt, ihr Profil und ihre Identität zu behalten und selbstständig politische Akzente zu setzen.

Co-Präsidium der SP Köniz:
Annemarie Berlinger-Staub
Christian Roth



Köniz kulturell: Die SP Köniz setzt sich für ein lebendiges und identitätsstiftendes Schlossareal ein.

«Mitte-Stimmen gewinnen.»

Über Wahlziele und -strategien sprach «regiolinks.be» mit Christoph Salzmann, dem Leiter des Wahlausschusses der SP Köniz.

regiolinks.be: Köniz wird seit mehreren Legislaturperioden von einer Mehrheit von rot-grünen und Mitte-Parteien regiert – wie sieht die Bilanz aus? Wäre es nicht gelegentlich Zeit für einen Wechsel?

Tatsächlich stellt die SP in Köniz seit den 80er-Jahren den Gemeindepäsidenten. Die SP-Vertreter in diesem Amt konnten die Gemeinde in vielen Belangen positiv entwickeln. Es ist wichtig, diese positiven Entwicklungen weiter zu fördern, deshalb wäre auch im Gemeindeparlament, in dem bisher die bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten, eine Rot-Grün-Mitte-Mehrheit sehr wichtig. Im Gemeinderat, der Exekutive, braucht es auch eine stabile Mitte-links-Mehrheit, um das Erreichte nicht zu gefährden.

Die vier Ortssektionen der SP, der EVP, der Grünliberalen und der Grünen haben sich auf der «Plattform nachhaltige Gemeindepolitik» gefunden. Ist das nicht ein Verwischen, ein Aufgeben einer Politik, die bewusst Pflöcke setzt?

Wir haben das Wahlziel, eine Mehrheit im Gemeinderat zu erreichen, die die bisherige Politik weiter zum Tragen bringt. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dürfen wir die Stimmen der Mitte nicht verlieren. Wir wollen also im Gemeinderat klar 2 SP-Vertreter/innen und einen der andern Parteien der Plattform, das ist uns lieber als jemand der rechten Parteien. Wir haben gemeinsame Minimalziele vereinbart, denn es gibt sehr viele Gemeinsamkeiten, etwa auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit, der Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs, in der Kulturpolitik etc.

Welche Argumente brauchst du, um jemanden davon zu überzeugen, bei den Wahlen vom 29. November die SP ins Gemeindeparlament, in die Gemeindeexekutive und mit Luc Mentha ins Gemeindepresidium zu wählen?

Es braucht diese Wahl, damit Köniz eine gute Entwicklung als Wohn- und Arbeitsgemeinde machen kann – und dies betrifft die Wahl auf allen drei Ebenen. Eine Politik, die Steuersenkungen als oberste Priorität hat, ist der Entwicklung der Lebensqualität abträglich. Die SP ist auch für Steuersenkungen, aber nur, soweit sie das Erreichen der übergeordneten Ziele nicht gefährden. In den letzten Jahren hat das Gemeindeparlament teilweise Vorlagen der Exekutive bachab geschickt, deshalb wäre es sehr wichtig, auch in der Legislative eine Rot-Grün-Mitte-Mehrheit zu haben.

Christoph Salzmann ist Mitglied des Könizer Gemeindeparlamentes und strebt bei den kommenden Wahlen seine Wiederwahl an.

Interview: pan

IMPULSE FÜR KÖNIZ

Die SP Köniz präsentiert ein umfassendes Impulsprogramm für Köniz. Ein Auszug daraus:

Köniz lebenswert

- Fördern von ökologischen und energetisch herausragenden Bauprojekten wie Nullenergie-Siedlungen, Solardächern und Gebäudesanierungen im Miergie-Standard
- Erhalt der grünen Lungen von Köniz und des wertvollen Landwirtschaftslandes in der oberen Gemeinde

Köniz solidarisch

- Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung
- Ausbau der sozialen Dienste und Unterstützung von Ausgesteuerten und Erwerbslosen
- Guter Unterhalt der Schul- und Sportanlagen
- Frühförderung von Kleinkindern
- Fördern der Schulsozialarbeit

Köniz mobil

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs: neue Tramlinien nach Köniz-Schliern und Kleinwabern; bessere Erschliessung der Quartiere und Ortsteile.
- Fördern des Fuss- und Veloverkehrs dank sicheren Verbindungen

Köniz kulturell

- Unterstützung der kulturellen Aktivitäten in Dörfern und Quartieren der ganzen Gemeinde
- Sanierung und Erschliessung des Schlossareals für eine breite kulturelle Nutzung durch die gesamte Bevölkerung



fotodyline: zlg

Mit einer vollen Liste tritt die SP in Köniz zu den Gemeinderatswahlen an, die im Proporzverfahren durchgeführt werden: v.l.n.r. Martin Graber, Annemarie Berlinger-Staub, Luc Mentha, Katrin Sedlmayer, Vanda Descombes-Della Schiava.

Kameras für Bern?

Videüberwachung im öffentlichen Raum: ein Beitrag zur Sicherheit oder verzweifelter Aktionismus gegen Gewalt und Kriminalität?

Voraussichtlich Ende Jahr kommt die Motion «Videüberwachung zum Zweiten» in den Stadtrat. Sie fordert die Einführung der «gezielten, den Datenschutz wahren Videoüberwachung» in der Stadt Bern.

Die Mehrheit der SP Schweiz hat sich dafür ausgesprochen, in bestimmten Fällen Videoüberwachung im öffentlichen Raum einzusetzen. Die SP Stadt Bern ist skeptisch und lehnt die hängige interfraktionelle Motion aus dem Mitte-rechts-Lager des Stadtrats ab. Befürworter aus den eigenen Reihen verweisen dagegen auf konkrete Erfolge durch Videoüberwachung. Es diskutieren Leyla Gül, Stadträtin SP Stadt Bern, und Hans-Jörg Rhyn, Grossrat SP Zollikofen.

Leyla Gül (LG): Als Mitglied der AG Sicherheit stand ich anfangs dem Thema neutral gegenüber. Während der Erarbeitung des Positionspapiers wurde für mich klar, dass Videoüberwachung ein untaugliches

Instrument zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit ist.

Hans-Jörg Rhyn (HR): Ich finde das Positionspapier der SP Stadt Bern fair, es beinhaltet alle wichtigen Aspekte. Aus meiner Erfahrung ist es jedoch so, dass Videoüberwachung nützlich ist und präventiv wirkt.

Hans-Jörg hat als SBB-Verantwortlicher für den Regionalverkehr gearbeitet. Nach zahlreichen Vandalenakten und Belästigungen in Zügen und Bahnhöfen hat die SBB Videoüberwachung eingeführt. Sachschäden und Pöbeleien gingen um 80 % zurück.

LG: Man muss zwischen offenen und geschlossenen Räumen unterscheiden. Es gibt eine positive Wirkung in geschlossenen Räumen wie Parkhäusern. In offenen Räumen ist die Situation anders. Hier belegen Studien, dass Videoüberwachung einen Verlagerungseffekt zur Folge hat: sind die Kameras an einst neu-

ralgischen Orten installiert, verlagern sich die Straftaten. Die Logik der Videoüberwachung verlangt damit eine immer flächendeckendere Überwachung.

HR: Man muss aber kurzfristig aktiv werden. Ältere oder behinderte Menschen haben ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis. Auch wenn Videokameras die Grundsatzprobleme nicht lösen: für Opfer ist es kein Trost, wenn jemand in einigen Jahren durch bauliche oder integrative Massnahmen Probleme lösen will.

LG: Aufstockung von Polizeipersonal kann man kurzfristig beschliessen und bezahlen, das ist eine Frage der Prioritäten. Und es gibt nicht einfach eine Lösung für alle Orte, man muss für jeden Platz eine geeignete Mischung an Massnahmen finden, um die Sicherheit zu erhöhen.

HR: Das Sicherheitsgefühl an heutigen Unorten wie dem Bollwerk würde durch Videokameras subjektiv verbessert und zur Belebung beitragen. Wenn ein Platz einmal belebt ist, braucht es keine Videokamera mehr, man kann die Kamera wegnehmen oder – falls nötig – an einem andern Ort installieren.

LG: Beim Thema der Videoüberwachung steht die persönliche Freiheit («ich will nicht gefilmt werden») dem Recht auf Sicherheit («ich will mich im öffentlichen Raum sicher fühlen») gegenüber. Solange keine Studie eindeutig belegt, dass Videoüberwachung wirksam ist, werte ich das Recht auf persönliche Freiheit höher.

HR: Ich empfehle der Stadt Bern, die Polizei sichtbarer zu machen, daneben aber auch auf Videoüberwachung zu setzen, um neuralgische Punkte wieder zu beleben – wir haben damit beste Erfahrungen gemacht.

Aufgezeichnet von
Christa Luginbühl

Positionspapier abrufbar unter:
www.spbern.ch/stadt/j/positionen



Foto: CL

Hans-Jörg Rhyn und Leyla Gül: Wie nützlich ist Videoüberwachung?

Grundlegende Reform tut Not

Der Berner Stadtrat wird vor allem dann breit wahrgenommen, wenn einzelne seiner Mitglieder das Gremium ad absurdum führen.



Foto: pan

Wenn der Berner Stadtrat tagt, ist die Stimmung fast nur auf dem Wandbild konstruktiv.



Marc Gebhard,
Mitglied Redaktion
regiolinks.be

Mitte September schaffte es das Berner Stadtparlament mal wieder, grosse Schlagzeilen zu provozieren: «Palavern bis zum bitteren Ende» titelte die Berner Zeitung, der Bund schrieb «Budget bei Nacht und Nebel genehmigt» und Blick am Abend meinte «15 Stunden Palaver».

Dabei ist der Berner Stadtrat nicht sehr verwöhnt durch die Medienberichterstattung. Wenn überhaupt, interessieren sich höchstens BZ, Bund und das Regionaljournal dafür, was im Ratssaal abgeht. Und auch diese berichten wegen ihren mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen, aber auch wegen des schlechten Rufes des Parlaments nur sporadisch und vor allem und besonders gern über Absurditäten – was den Ruf des Stadtrates weiter erodieren lässt.

Die Budgetdebatte, welche 15 Stunden dauerte und erst um drei Uhr morgens zu Ende ging, war primär das Produkt von SVP-Fraktionschef Erich Hess. Er beanspruchte mit einer Flut von Anträgen und schier endlosen Grundsatzvoten über 7 Stunden Redezeit für sich allein. Derselbe Hess brachte sich selber und den Stadtrat schon einige Male in unappetitlicher Art und Weise ins Gespräch. Erinnert sei an dieser Stelle nur an seine Vergleiche von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Insekten (Stichwort: Ameisen).

PROBLEME LIEGEN TIEFER

Doch die Probleme des Stadtrates liegen tiefer und Hess und seine Eskapaden sind letztlich nur die Spitze des Eisberges. Schlimmer ist, dass der Stadtrat sich sehr häufig mit Problemen beschäftigt, die nicht in seiner Kompetenz liegen, sondern zum Beispiel auf kantonaler oder nationaler Ebene angesiedelt sind. Mit einer Flut von Vorstössen hat der Stadtrat es geschafft, dass kaum mehr jemand einen Überblick darüber hat, was wann beschlossen wurde. Viele dieser Vorstösse rennen offene Türen ein oder sind schlecht abgeklärt.

So verkommt der Stadtrat in den Augen von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern zu einer irrelevanten Schwatzbude. Doch das ist gefährlich: Der Stadtrat hat nach wie vor viele wichtige Funktionen: Er ist ein Kontrollorgan der Regierung, er setzt neue Regeln im Zusammenleben in der Stadt Bern und er ist die Instanz für einige sehr wesentliche Beschlüsse – nicht zuletzt etwa beim Budget.

STADTRAT MUSS ATTRAKTIVER WERDEN

Allerdings ist es fraktionsübergreifend schwierig, genügend gute Leute für das Stadtparlament zu finden. Die Stadtratsflucht ist nach wie vor gross. Das ist auch kein Wunder: Wer im Stadtrat mitmacht, verdient kaum etwas, muss aber sehr viel Freizeit investieren: Jeden Donnerstagabend an der Stadtratsitzung, dazu an Fraktions- und Kommissionssitzungen sowie an Parteianlässen. Da gehen gut und gerne drei Abende pro Woche drauf. Wer beruflich stark gefordert ist, kann sich dies oft kaum erlauben. Wollte man einen besser durchmischten und besser qualifizierten Stadtrat, müsste man wohl eine radikale Reform an die Hand nehmen.

Denkbar wäre etwa, die wöchentliche Abendsitzung zu ersetzen durch eine Tagessitzung – zum Beispiel immer am letzten Freitag im Monat. Die Ratsgeschäfte wären dann konzentriert auf diesen einen Tag pro Monat – kurzfristige Aktualitäten hätten einen etwas weniger grossen Einfluss auf das Ratsgeschehen. Zudem könnte der Rat von heute 80 problemlos auf 50 Mitglieder reduziert werden. Das eingesparte Sitzungsgeld könnte auf die verbleibenden Ratsmitglieder aufgeteilt werden und würde dazu führen, dass die Entschädigung etwas angemessener ausfiele. So dürfte es auch für alle Parteien einfacher werden, genügend gut qualifizierte Ratsmitglieder zu finden. Das würde einen Hess nicht von seinen Eskapaden abhalten – aber diese fänden in einem gestärktem Gremium statt.

Marc Gebhard 

Wohlen – allen zum Wohl!

Die SP Wohlen startet mit einer attraktiven 10-Personen-Liste zu den Einwohnerratswahlen vom 29. November 2009.

Neben vier bisherigen Einwohner-rät/innen kandidieren für die SP Wohlen sechs neue Personen. Mit 10 Personen konnte ein realistisches Ziel an Kandidat/innen erreicht werden und die SP Wohlen präsentiert eine attraktive Liste. Die SP Wohlen hat sich als Ziel gesetzt, die 5 Sitze im 40-köpfigen Parlament halten zu können. Dass die Grünen in Wohlen wieder erstarkt sind und damit weitere Mitstreiter/innen im linken Lager kandidieren, freut die SP Wohlen sehr. Die lang-jährige gute Partnerschaft soll fortgeführt werden.

Einziger Wermutstropfen ist die Vertretung der Frauen. Trotz grosser Anstrengungen ist es der SP Wohlen nicht gelungen, das Geschlechter-Verhältnis ausgeglichen zu gestalten. Mit 20% ist der Frauenanteil eindeutig zu tief. Es besteht Handlungsbedarf. Für die nächsten Wahlen ist eine ausgeglichene Liste das Ziel.

Mit Arsène Perroud wird voraussichtlich zum ersten Mal eine Person aus der SP zum Präsidenten des bürgerlich dominierten Einwohnerrats gewählt werden.

SCHWERPUNKTE

Mit sechs Schwerpunktthemen steigt die SP Wohlen in den Wahlkampf. Die SP Wohlen fordert . . .

1. dass Wohlen ein fortschrittlicher und attraktiver Schulstandort bleibt und es genügend bezahlbare Krippen- und Mittagstischplätze gibt und die offene Jugendarbeit in Wohlen ihren festen Platz hat.
2. dass wohnen im Alter auch in Wohlen attraktiv ist. Wir sind für die Einführung zukunftsgerichteter Angebote und die Unterstützung der bisherigen Institutionen.
3. dass eine umsichtige Raum- und Verkehrsplanung und Zentrums-

gestaltung den Verkehr beruhigt, Begegnungszonen ermöglicht und den Autoverkehr steuert. Tempo-30-Zonen müssen in allen Wohnquartieren eingeführt werden.

4. die Verbesserung der innerörtlichen Busverbindungen und verbesserte Anbindungen an das nationale Bahnnetz.
5. dass sich die Gemeinde Wohlen nicht weiter verschuldet und die vorhandenen Mittel nicht für die Schuldzinsen eingesetzt werden müssen. Die Gemeindefinanzen müssen Spielraum für Entwicklungen und Investitionen zulassen, damit die Gemeinde ihren Bürger/innen gute Dienstleistungen bieten kann.
6. dass kulturelles Schaffen gefördert und unterstützt wird. Bestehende Angebote und Institutionen sowie Neues müssen von der Gemeinde aktiv gefördert werden.

GEMEINDERAT, SCHULPFLEGE UND STEUERKOMMISSION

Bereits Ende September haben die Wahlen des Gemeinderats, der Schulpflege und der Steuerkommission stattgefunden. Nach langer Absenz in Schulpflege und Steuerkommission reüssierten die beiden Kandidaturen der SP. Neu nehmen Sybille Parvex-Käppeli in der Schulpflege und Elmar Ludl in der Steuerkommission Einsitz.

Leider kandidierte niemand aus der SP Wohlen für den Gemeinderat. Mit dem erstmaligen Einzug der Grünen in den Gemeinderat Wohlen ist der linke Flügel zwar in der Exekutive vertreten. Mehr linke Politik wäre aber klar nötig. In vier Jahren wird die SP Wohlen mit einer Kandidatur den Einzug in den Wohler Gemeinderat anstreben.

SP Wohlen/arp



Die Einwohnerratskandidat/innen v.l.: Dario Veghini, Stefano Omodei, Nadja Stalder, Ercan Sayilir, Corinne Manimanakis (bisher), Dimitri Balazs (bisher), Michael Stalder, Cyrille Meier, Arsène Perroud (bisher), Stefan Suter (bisher).

Foto: zlg

«Ich habe hohe Ansprüche»

Ein **regiolinks.be**-Gespräch über den Rahmen des Gesetzes und den Gestaltungsspielraum einer Regierungstatthalterin.



Foto: zlg

Regula Mader, abtretende Regierungstatthalterin.

regiolinks.be: Themenbereichen bewegen. Sie lässt sich aber nicht in ein Linksrechts-Schema einspannen, sondern hat auch sehr viel mit der Lebenserfahrung zu tun; diese ist wiederum politisch geprägt. Kannst du uns Beispiele geben, wie das Politische in deine Arbeit einfließt? Ich habe nicht politische Entscheide gefällt, sondern versucht, die gesetzlichen Spielräume in einer konkreten Situation auszunützen. Viele Entscheide hatten aber eine politische Brisanz: Muss ein Berner Gemeinderat seine Nationalratsentschädigung an die Stadtkasse abgeben? Ist das stadtbernische Kundgebungsreglement gesetzes- und verfassungskonform?

Regula Mader: Historisch gesehen ist es sicherlich ein politisches Amt. Der Regierungstatthalter ist ursprünglich Nachfolger der Landvögte; er setzte vor Ort um, was die Regierung befahl. Trotzdem: Die Tätigkeit ist heute nur beschränkt und nicht direkt politisch, mit Ausnahme der Wahl durch das Volk. Es gilt insbesondere, die rechtlichen Grundlagen korrekt anzuwenden – hier stellen sich z.B. zentrale Grundrechtsfragen. Zentral ist zudem die Aufsicht über die Gemeinden und hier die Vermittlung zwischen den Gemeinden und dem Kanton: Die StatthalterInnen sind das Ohr der Regierung bei den Gemeinden. Zudem haben Sie weitere Aufsichts- und Beratungsfunktionen, z. B. im vormundschaftlichen Bereich, sind Vollzugs- und Bewilligungsbehörde und für die Bevölkerung Ombudsstelle.

Ich verstand mich immer als Verfechterin einer effizienten und kundenorientierten Verwaltung – das Regierungstatthalteramt ist ISO-zertifiziert – und einer korrekten Gesetzesanwendung. Durch die Art, wie ich mein Amt ausgeführt habe, ergibt sich natürlich schon eine politische Ausstrahlung, da ich meine entsprechenden Spielräume genutzt habe und auch Aufgaben übernommen habe, die sich in politisch sensiblen

Themenbereichen bewegen. Sie lässt sich aber nicht in ein Linksrechts-Schema einspannen, sondern hat auch sehr viel mit der Lebenserfahrung zu tun; diese ist wiederum politisch geprägt.

Kannst du uns Beispiele geben, wie das Politische in deine Arbeit einfließt?

Ich habe nicht politische Entscheide gefällt, sondern versucht, die gesetzlichen Spielräume in einer konkreten Situation auszunützen. Viele Entscheide hatten aber eine politische Brisanz: Muss ein Berner Gemeinderat seine Nationalratsentschädigung an die Stadtkasse abgeben? Ist das stadtbernische Kundgebungsreglement gesetzes- und verfassungskonform?

Die Juristinnen und Juristen des Regierungstatthalteramtes haben immer selbständig gearbeitet – ihre politische Ausrichtung war kein Thema –; das Recht und seine korrekte Anwendung standen im Zentrum. Den vorhandenen Entscheidungsspielraum habe ich selbstverständlich ausgenützt. Trotzdem: Politisch motivierte Entscheide hat es nicht gegeben und darf es nicht geben!

Es gab Einzelfälle, wo ich persönlich etwas anderes gewollt hätte. Ist denn die Volkswahl des Regierungstatthalters bzw. der -statthalterin nicht überholt?

Darüber kann man diskutieren: Der Regierungsrat, also unsere vorge-setzte Behörde, die wir im Amtsbezirk bzw. neu im Verwaltungskreis vertreten, ist auch vom Volk gewählt. Ich persönlich finde die Volkswahl nicht geeignet: Die fachlichen und persönlichen Kompetenzen müssten im Zentrum stehen. Persönlich bin ich überzeugt, dass es in diesem Amt juristisch ausgebildete Personen braucht, die in juristischen

Regula Mader ist Juristin mit bernischem Fürsprecherpatent. Nach Abschluss des Studiums der Rechte arbeitete sie in verschiedenen Stellen in der öffentlichen Verwaltung und im Non-Profit Bereich. Sie hat verschiedene Führungsausbildungen, eine Change Management Weiterbildung und einen Executive MBA HSG abgeschlossen. Zudem bildete sie sich in Mediation aus. Von Dezember 2000 bis Ende 2009 war sie Regierungstatthalterin im Amtsbezirk Bern. Regula Mader ist 47 Jahre alt, Mutter zweier Kinder und wohnt in Bümpliz.

Kategorien denken können. Ich weiss, ich habe hohe Ansprüche! Das Regierungstatthalteramt gilt vielen als Ende einer erfolgreichen Karriere. Du bist noch zu jung für den Ruhestand. Was kann nach der Regierungstatthalterin noch kommen? Diese Ansicht geht von einem einleisigen – männlichen? – Karriereenden aus: Karriere heisst hierarchischer Aufstieg, mehr Lohn, etc. Hier habe ich andere Vorstellungen. Meine Berufstätigkeit muss eine Tätigkeit sein, die mich befriedigt, herausfordert und die sinnvoll ist. Die Tätigkeit der Regierungstatthalterin war und ist anspruchsvoll, spannend und manchmal schwierig, dafür sollte man weder zu alt noch zu jung sein. Ich bin zudem überzeugte Verfechterin von Amtszeitbeschränkungen.

Die Gesellschaft wandelt sich ja auch laufend. Und ich habe mich laufend entwickelt und weiter gebildet. Ich wollte den Job als Regierungstatthalterin so lange machen, wie ich ihn mit Überzeugung und Herzblut mache: Nur dann bin ich gut. Nach neun Jahren war es der richtige Zeitpunkt aufzuhören!

Ich weiss noch nicht, was ich in Zukunft beruflich machen werde. Es gibt im Leben immer verschiedene Möglichkeiten.

Interview: Peter Anliker

Stimmrechtsalter 16

Schon beim Frauenstimmrecht wurde behauptet, die Betroffenen interessieren dies gar nicht. NeuntklässlerInnen aus Muri-Gümligen beweisen das Gegenteil und kämpfen für ihr Recht. Sie zeichneten und schrieben ihre Argumente auf.



Impressum**Herausgeberin**

Sozialdemokratische
Partei Region Bern

Redaktion

Peter Anliker
(verantwortlich),
Marc Gebhard,
Leyla Gül,
Christa Luginbühl,
Corinne Mathieu,
Roland Näf

Layout

MediaDesign Bern

Druck

Bubenberg Druck, Bern

Auflage

5 000 Exemplare

Nr. 5/09 erscheint am

15.1.2010

Redaktionsschluss

21.12.2009

«regiolinks.be»

erscheint 5-mal jährlich
Fr. 25.–

www.sp-bern.ch/region/

Abbauanträge abgeblockt

Nach einer 15-stündigen Debatte unter SVP-Filibuster-Qualen hat der Stadtrat am 18. September 2009 um 03.00 Uhr morgens ein ausgeglichenes Budget 2010 verabschiedet. Die Aufwendungen und Erträge belaufen sich bei gleich bleibender Steueranlage auf je 1027,6 Mio. Franken. Der Bilanzfehlbetrag wird um weitere 25 Mio. Franken abgebaut. Die SP/JUSO begrüsst vor allem die gezielten und zukunftsgerichteten Investitionen in Menschen und in unsere Infrastruktur. Der vorgesehene Leistungsausbau ist richtig und vertretbar. Es werden 80 neue Kita-Plätze und zusätzliche Altersheimplätze geschaffen, die Spitex erhält mehr Mittel, die Schulsozialarbeit wird ausgebaut, es wird in neue Wohnungen, in den Ausbau der ÖV-Linien, in den Lärmschutz an Stadtstrassen und in Lehrstellen, Praktikumsplätze, den Aktionsplan Gleichstellung sowie die Gesundheitsförderung investiert. Steuersenkungs- und Globalparanträge im Sozialen, der Schule, Kultur, Integration und im Umweltschutz konnten wir zum Glück abwenden. Die SP/JUSO steht hinter dem Budget 2010.

Giovanna Battagliero
Fraktionspräsidentin SP/JUSO

Ende gut im Bärenpark

Bis zum Einweihungsfest seien Finn und Björk seriös gewesen und hätten fast nur Rüebli gefressen. Aber das mit dem Vodka, das sei doch nicht normal. Es sei übrigens Quatsch, das Geschwätz von finnischem Blut, Depressionen und wenig Sonne.

Mehr weiss natürlich die Entente Bärnoise: «Es ist doch klar, begonnen hat's wegen dem ersten Mal mit Mischa und Mascha, den beiden Neuen. Das weiss doch jeder, dass die Russen saufen nach all dem Kommunismus! Die hätten wir Medwedewa gleich zurücksenden sollen, Moskau einfach!»

Angefangen hatte es bei Hayoz Rede. Sie sprach übers Geld und wie es trotzdem schön sei. Aber ihr Rüebli wollten sie dann partout nicht fressen. Eine von 20minuten hat dann behauptet, Björk habe sich bei Hayoz Worten «6 Millionen pro Bär» am Rüebli verschluckt und es Finn vor die Tatzen gekotzt. Telebärn schnitt die Szene raus.

Wer dann statt Rüebli die erste Flasche Vodka ins Gehege warf, ist nicht klar. Von den vielen Flaschen blieb aber keine liegen. Alle trugen Vodka in die Höhle, Finn am meisten, dann Mischa. Als sich dann eine hinein wagte, waren alle tot, kam nur noch Ausstopfen in Frage, fürs Naturhistorische.

Für die Touristen sei das nichts mit dem leeren Bärenpark, protestierte die Entente Bärnoise. Privatinitiative und Sponsoring seien gefragt, erklärte die ihr nahe stehende Partei und packt seit letzter Woche selber an: 7 aus dem Stadtrat und sonntags noch ihre Bärenpark-Gemeinderätin schlüpfen ins Bärenfell. Betteln gehe schon ganz gut und beim Fischen und den Rüebli gebe es Fortschritte, steht im Communiqué. Aber das Beste sei der effiziente Einsatz der öffentlichen Mittel: nur noch 3 Millionen pro Bär statt 6 Millionen, eine 50%-Steigerung.

Tanzbär

Abstimmungsparolen vom 29. Nov. 2009

Eidgenössisch

Initiative «Für ein Verbot von
Kriegsmaterial-Exporten»

JA

Initiative «Gegen den Bau
von Minaretten»

NEIN

Spezialfinanzierung
Flugverkehr

**STIMM-
FREIGABE**

Kantonal

Stimmrechtsalter 16

JA

Stadt Bern

Produktgruppen-Budget 2010

JA

Wahlen Köniz und Wohlen **SP-Listen
einlegen!**

AZB, 3000 Bern 1
Adressenänderungen
nicht melden.

AUSFÜLLEN – EINSENDEN!

Senden Sie mir folgende Unterlagen

- Eine Beitrittserklärung
- Ich möchte den JungsozialistInnen JUSO beitreten
- Ich möchte das «regiolinks.be» abonnieren (Fr. 25.–/Jahr), für SP-Mitglieder gratis

Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Talon einsenden an:

SP Region Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23